

P R O T O K O L L
der 420. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. Oktober 2021
Zeit	19.30 – 21.30 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Messerli Patricia
Mitglieder	Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brunner Joe, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter Urs K., Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Koelbing Martin, Künti Karin, Lanz Kristina, Lauper Reto, Legler Bettina, Lütolf Roland, Mäder Renate, Meichtry Helena, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, von Gunten Adrian, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Bärtschi Daniel, Kaspar Stein
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Finanzverwalter, Trakt. 2 Heger Petra, Leiterin Hochbau und Planung, Trakt. 5 und 6 Pennella Patrizia, Leiterin Fachstelle für Altersfragen, Trakt. 7
Entschuldigt abwesend	GGR: Thut Walter
Protokoll	Schlumpf Sarah

Geschäfte 16

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 21. September 2021	206
2. Finanzen	206
A) Genehmigung des Investitionsplans 2021 – 2026	
B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrgewerbesteuerabgabe für das Jahr 2022	
C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2021 – 2026	
3. Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat; Teilrevision	214
4. Regionalkommission; Aufstockung auf 7 Mitglieder bzw. Wahl von 2 neuen Kommissionsmitgliedern	215
5. Melchenbühl; Kauf und Umnutzung Kirchgemeindehaus; Abrechnung Verpflichtungskredit	216
6. Turbenweg / Füllerichstrasse; Entwicklung; Abrechnung Verpflichtungskredit	216
7. Fachstelle für Altersfragen; Aufstockung des Kostendachs	217
8. Motion 2.1 (Siegenthaler, forum): Einsparpotential bei Strassenbeleuchtung realisieren; Zwischenbericht	222
9. Motion Legler (FDP): Schulwegsicherheit Aebnitstrasse	223
10 Motion Brunner (SP): Publikation der GGR-Abstimmungsresultate in den Lokalnachrichten	223
11. Postulat Racine (SP), Brunner (SP) und Lauper (SVP): Eine Gemeindeparkpartnerschaft für Muri b. Bern	225
12. Postulat forum: Kauf der Parzelle 508 / Worbstrasse 209	228
13. Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Bircher (FDP): Zeichen setzen	228
14. Einfache Anfrage Zaccaria (SP): Wo sind die Europaparkfahnen?	229
15. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	229
16. Neue parlamentarische Vorstösse	229

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 420. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats, die Berichterstatter der Medien sowie die Gäste.

Ich begrüsse speziell unseren neuen Finanzverwalter, Sascha Balmer, welcher heute erstmals unter uns weilt und seine Taufe hat mit Traktandum 2. Ich wünsche ihm bei seiner neuen Tätigkeit viel Befriedigung und Erfolg. Zur Behandlung der Traktanden 5 und 6 ist Petra Heger, Leiterin Hochbau und Planung, anwesend. Weiter begrüsse ich Patrizia Pennella, Leiterin Fachstelle für Altersfragen, welche heute für die Behandlung von Traktandum 7 anwesend ist.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Am Schluss der Sitzung findet draussen auf dem Pausenplatz wieder ein kleines Steh-Apéro statt, welches heute von der SP offeriert wird.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 21. September 2021

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Finanzen

A) Genehmigung des Investitionsplans 2021 – 2026

B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2022

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2021 – 2026

Die Vorsitzende: Zur Auskunftserteilung ist für dieses Traktandum Sascha Balmer, Finanzverwalter, anwesend.

Für die GPK spricht Bernhard Häuselmann: Patricia hat es bereits erwähnt, wir beschliessen heute "nur" über den Investitionsplan 2021 – 2026 und das Budget 2022. Der Finanzplan komplettiert diese Finanzinstrumente, ist aber nur zur Kenntnisnahme. Der unveränderte, ehrgeizige Investitionsplan und die offene Schere zwischen dem Plan und dem Realisierungsgrad haben wir in der GPK – wie in den Vorjahren – wieder ausführlich analysiert. Wir haben gesehen, dass uns die Investitionsspitze noch immer etwa zwei Jahre vorwärts auf der Nase herumtanzt, und dass wir irgendwo an Faktoren stagnieren – wie auch in den Vorjahren –, welche wir als Gemeinde nur zum Teil selber in der Hand haben und bekannt sind, und wir in der GPK keinen besonderen neuen Spielraum dafür identifiziert haben. Wesentlich scheint uns aber in der GPK, dass der Gemeinderat nun im 2022 die zeitliche Verzögerung bei den Realisierungen der ganz grossen Posten auch nutzt

und verbindliche Vorgaben zur Entwicklung der Verschuldung, zur Schuldenobergrenze und dem mittel- bis langfristigen Abbau der Schulden ausarbeitet, wie das in den Legislaturzielen auch vorgesehen ist.

Dann wird im Finanzplan auch sichtbar, wie sich die Nettoschuld pro Einwohner und der Zinsaufwand über 2024 hinaus tatsächlich entwickeln werden. Es bleibt spannend, wie gut Muri-Gümligen auch künftig nach seinen Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit leben kann.

Einmal mehr will ich hier aber nicht der politischen Diskussion vorgreifen. Durch die Brille der GPK können wir heute Abend auf den vorliegenden Investitionsplan 2021 – 2026 eintreten, und wir empfehlen diesen zu genehmigen.

Zum Budget 2022: Aus dem Ergebnis der ersten drei Quartale im Jahr 2021 kann man vor allem die Erkenntnis ziehen, dass die prognostizierten, tieferen Steuererträge auch tatsächlich tiefer ausfallen.

Auch 2022 können wir Parameter wie Covid und den kantonalen Lastenausgleich nicht selber steuern, sondern diese Parameter steuern auf weiteres uns. Dank den soliden Reserven müssen wir nicht dynamisch auf diese Situation reagieren.

Das Budget 2022 bildet dies u.a. mit der unveränderten Steueranlage angemessen ab. Der GGR kann darum heute Abend aus Sicht der GPK auf das Budget eintreten, und die GPK empfiehlt Euch, das Budget 2022 zu genehmigen.

Wegen dem Wechsel in der Leitung der Finanzen haben wir auch den Prozess zur Ausarbeitung der Finanzinstrumente überprüft und konnten uns überzeugen, dass die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Finanzkommission und die verschiedenen Iterationen in der Abstimmung der finanziellen Planung gut funktionieren und zu einem belastbaren Ergebnis geführt haben.

Für diese Leistung danken wir an dieser Stelle auch nochmals Reto Rutschi und können Euch allen versichern, dass neben Thomas Hanke auch unser neuer Finanzchef schon wenige Tage nach seinem Stellenantritt die Feuertaufe in der GPK absolut souverän absolviert hat. Sascha Balmer, an dieser Stelle nochmals die besten Wünsche und auf gute Zusammenarbeit!

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Die Gemeinde Muri bei Bern erwartet im Allgemeinen Haushalt für 2022 einen Aufwandüberschuss von CHF 2'216'100.00, was knapp 0,6 Steueranlagezehnteln entspricht. Ein Steueranlagezehntel beträgt bei uns CHF 3,77 Mio.

Das Defizit soll über die bestehenden Reserven Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserve (z. Zt. rund 10 Steueranlagenzehntel) finanziert werden.

Die Gründe für das prognostizierte Ergebnis haben wir Euch in den Erläuterungen zum Budget 2022 aufgelistet:

Wir verzeichnen gegenüber dem Vorbudget Mehrerträge z.B.

- bei den Steuern
- aus Miet- und Baurechtszinsen
- bei den Tagesschulen aufgrund von höheren Kantonsbeiträgen

Wir haben aber gegenüber dem Vorbudget auch Mehraufwände z.B.

- beim Personalaufwand
- beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand
- bei den Leistungen in die kantonalen Finanz- und Lastenausgleiche
Hinweis: diese sind mit CHF 32,4 Mio. budgetiert und entsprechen 65 % der Gesamtsteuereinnahmen (Es kommt bei den sozialen Entschädigungen auch wieder etwas zurück.)
- bei den Abschreibungen

Beim budgetierten Fiskalertrag führen einerseits Erfahrungszahlen aus den Vorjahren zu strukturellen Mehrerträgen, andererseits sind auch im 2022 Ausfälle infolge der Corona-Pandemie zu erwarten.

Zurzeit erwarten wir, dass sich der Steuerertrag ab dem Jahr 2023 von der Corona-Pandemie grösstenteils erholen wird.

Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass dieses Defizit aufgrund der hohen

Reserven (Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserven von insgesamt rund 10 Steueranlagezehnteln) und den verbesserten Aussichten für die Folgejahre ohne Anpassungen der Steueranlage vertretbar ist.

So zeigt die Finanzplanung 2021 – 2026 auf, dass bei gleichbleibender Steueranlage im Jahr 2023 noch mit einer Unterdeckung von rund CHF 1,3 Mio. ($\frac{1}{3}$ Steueranlagezehntel) zu rechnen ist, während ab 2024 und den Folgejahren mit nahezu ausgeglichenen Ergebnissen kalkuliert werden kann. Und für eine attraktive Steueranlage wollen wir auch weiterhin eintreten.

Der Gemeinderat will mit der Berücksichtigung von drei grossen Liegenschafts-sanierungsprojekten (SA Melchenbühl, Gemeindehaus und SA Seidenberg) in der Investitionsplanung 2021 – 2026 untermauern, dass er dem Ziel der Werterhaltung gemeindeeigener Liegenschaften grosse Beachtung schenkt, auch wenn diese Investitionen die Schuldenentwicklung belasten.

Der Gemeinderat ist sich dabei auch des Zielkonfliktes bewusst, dass – Stand heute betrachtet – mittelfristig genügend Mittel für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zur Verfügung stehen, jedoch die Schulden aufgrund der anstehenden Grossinvestitionen ansteigen.

So wird es denn seine Aufgabe sein, im Rahmen der festgelegten Eckwerte in den Legislaturzielen und -massnahmen die Frage, wie viele Schulden sich Muri leisten kann und soll, erneut fundiert zu prüfen und dem Parlament entsprechend zu berichten.

Im Sinne dieser Ausführungen ersuche ich Euch um Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Die Eintretensfrage stellt sich im vorliegenden Traktandum nicht, weil das Budget zwingend durch den GGR beraten werden muss.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, anschliessend Detailberatung in der Reihenfolge:

- A) *Investitionsplan 2021 – 2026, kapitelweise*
- B) *Budget 2022, ordentliche Gemeindesteueranlage, Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2022*
- C) *Kenntnisnahme des Finanzplans 2021 – 2026*

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Hilmi Gashi (Grüne): Vielen Dank für die ausführlichen Unterlagen, welche wir erhalten haben und die Erklärungen dazu. Es ist ein guter Dienst, welcher Ihr uns erwiesen habt beim Verstehen, was die Überlegungen hinter diesen Finanzzahlen sind. Mein Vorredner hat im Namen der GPK gesagt, dass die Investitionen sehr notwendig sind, wir müssen diese realisieren. Deshalb werden wir als Fraktion der Grünen diesem Finanzplan zustimmen mit dem Hinweis, dass es sehr wohl Sinn macht, dass wir beim Investitionsplan einen Beschluss haben, welchen wir hier im Grossen Gemeinderat gefällt haben, da wir auch vertragliche Verpflichtungen Dritten gegenüber haben. Wir haben aber auch noch das Ziel, dass unsere Gemeinde in die Zukunft investiert, in ökosozialen Umbau, dass Lebensqualität erhalten bleibt, und dass Menschen gerne in unserer Gemeinde wohnen, weil erstens die Leistungen gut sind, und es schön ist, hier zu wohnen. Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir an diesem Investitionsplan festhalten – nicht nur als Papier heute – sondern, dass wir ihn auch in diesem Zeitraum realisieren können, damit es später nicht teurer wird.

Zum Budget wurde bereits gesagt, es ist ein gutes, nachvollziehbares Budget. Ich war selber in der Finanzkommission, und wir haben dieses Budget wirklich sehr

akribisch ausgearbeitet, sowohl in der Finanzkommission wie auch in den Ressorts, in welchen wir zuständig waren. Wir haben geschaut, dass wir heute ein gutes Budget präsentieren. Wir von den Grünen unterstützen das Budget, wie es heute vorliegt und danken auch diesen Leuten, welche im Hintergrund die grossartige Arbeit geleistet haben.

Angelo Zaccaria (SP): Dass ich hier stehe, ist ein gutes Zeichen, denn wenn sich ein studierter Germanist zu den Finanzen äussern darf, sind diese sicher in Ordnung. Die SP-Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei der Gemeindeverwaltung und allen Mitarbeitenden für die umfassenden, sorgfältig aufbereiteten Unterlagen, aus denen sich ein stabiles Budget und ein nachvollziehbarer Investitions- und Finanzplan ablesen lassen – notabene auch für Laien verständlich. Wir wissen dies sehr zu schätzen. In diesem Sinne stimmen wir dem "Finanzpaket" in seiner Gesamtheit selbstverständlich zu.

Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass sich im strahlenden, blauen Finanzhimmel, welcher sich in diesem Fall über uns wölbt, auch dunkle Wolken bilden können. Wir wissen nicht, wie sich die Konjunktur bzw. die Zinsanlage entwickeln werden. Wir können nicht in die Zukunft schauen. Dementsprechend ist es wichtig – dies wurde auch schon betont –, dass man einen Masterplan erarbeitet, wie man mit diesen Schulden, welche sich ergeben können, umgehen soll.

Matthias Gubler (FDP): Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen setzt sich schon seit Jahren für nachhaltige und ausgewogene Finanzen unserer Gemeinde ein. Wir sorgen dafür, dass keine Steuern auf Vorrat von unseren Mitbürger*innen eingezogen werden und sind dafür, eine tiefe Steueranlage beizubehalten. Wir sind der Auffassung, dass die Ausgaben einer Gemeinde für Kernaufgaben wie öffentliche Aufgaben (Bildung, Strassen, Sicherheit, Soziales, Sport, Kultur, Freizeit und Bau) eingesetzt werden. Die Investitionen in nachhaltige Infrastruktur wie Schulen und Strassen sind wichtig und im langfristigen Investitionsplan und auch im Finanzplan enthalten.

Zum Investitionsplan: Hier sind solche Ausgaben, welche Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer erhalten und schaffen. Der Gemeinderat hat eigene Kompetenz zwischen CHF 50'000.00 und CHF 250'000.00 zu verfügen. Kosten über CHF 250'000.00 müssen vom Grossen Gemeinderat (Parlament) resp. den Stimmberechtigten genehmigt werden. In den kommenden fünf Jahren sind die grössten Investitionen in der Schule vorgesehen, dies sehen wir deutlich im Investitionsplan. Es handelt sich dabei um zwingende Investitionen, welche man nicht weiter hinauszögern sollte. Trotz diesen hohen Investitionen von insgesamt CHF 69,5 Mio. für die Periode 2021 – 2026, was einen Durchschnitt von CHF 11,6 Mio. ausmacht, soll der Verschuldungsgrad im Rahmen bleiben. Wir stimmen diesem Investitionsplan zu. Zum Budget 2022: Dort wird ein Defizit von CHF 1,67 Mio. und damit 0,4 Steueranlagezehntel tiefer veranschlagt als im Vorjahr 2021. Diese Verbesserung wird durch einen höheren Steuerertrag von CHF 2,49 Mio. sowie Mehrerträge aus Miet- und Baurechtszinsen über CHF 0,22 Mio. sowie einem Nettoertrag von CHF 0,16 Mio. aus der Tagesschule erreicht. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Mehraufwände für einen steigenden Personalaufwand von CHF 0,3 Mio. und einer Zunahme des Sach- und übrigen Betriebsaufwandes von CHF 0,36 Mio. Der kantonale Finanz- und Lastenausgleich trägt mit einem Mehraufwand von CHF 0,31 Mio. bei. Der Steuersatz soll wie bisher bei 1,14 bleiben. Wir stimmen dem Budget ebenfalls zu.

Der Finanzplan liegt uns zur Kenntnis vor und zeigt, dass die Schulden der Gemeinde ab 2024 aufgrund von Schulinvestitionen und Infrastruktur stark ansteigen werden. Die Verschuldung wird bis zum Ende der Planungsperiode 2026 voraussichtlich CHF 78,5 Mio. betragen. Diese Entwicklung wird die FDP genau verfolgen. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass dank einer soliden, finanzpolitischen Reserve von zurzeit 10 Steueranlagezehnteln im Moment keine

Anpassung der Steuern notwendig sind. Somit nehmen wir auch den Finanzplan gut zur Kenntnis.

Die ganzen Finanzen sind für die letzten Jahre vom Finanzvorsteher Reto Rutschi vorbereitet und gemacht worden, deshalb möchte ihm die FDP noch einmal für die langjährige, professionelle Führung der Finanzen danken. Wir wünschen natürlich auch dem neuen Leiter, Sascha Balmer, alles Gute und danken seiner Equipe für die sauber ausgearbeiteten Unterlagen.

Patrick Rösl (forum): Vielen Dank für die umfassenden und gut strukturierten Unterlagen zum Budget 2022 und für die Erläuterungen durch Thomas Hanke.

Das forum zusammen mit der EVP haben die Unterlagen geprüft. Wir haben uns die Frage gestellt: Auf welchen Zielen das diesjährige Budget beruht. Oder anders gefragt: Warum so und nicht anders?

Im Wesentlichen sind es vier Dinge, welche wir im nächsten Jahr verfolgen möchten:

1. Den Betrieb nach der Covid-19-Pandemie bei den bestehenden Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung weiterführen – gleich gut oder besser mit einem bewusst gesteuerten Ausbau des Personalkörpers.
2. Raum schaffen, um die geplanten Investitionen beim Gemeindehaus und bei den Schulliegenschaften zu realisieren, weil wir die Schulbildung als eine Kernaufgabe unserer Gemeinde betrachten, und wir unsere Bewohnerinnen und Bewohner mit unserem Bildungsangebot und unserer Gemeindeinfrastruktur begeistern wollen.
3. Die Aufgaben lösen, die sich der Gemeinderat zu Biodiversität und Nachhaltigkeit gegeben hat, weil wir im ureigenen Interesse unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen.
4. Unsere finanzielle Unabhängigkeit stärken, weil wir wissen, dass die zu realisierenden Infrastrukturprojekte unsere Schulden erhöhen werden. Wir wollen unsere Nerven schonen, indem wir planen, wie wir den Schuldenabbau gestalten wollen.

Zusammengefasst in einem Satz: Der Gemeinderat investiert in unsere Zukunft.

Ich komme zur Beurteilung.

1. Den Rahmen, den das Budget 2022 vorgibt, halten wir für realistisch. Das Budget liegt auf der Linie des forum und der EVP. Wir möchten längerfristig denken und handeln und akzeptieren deshalb – wie alle anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament – die erhöhte Verschuldung in den nächsten Jahren.
2. Zur aktuellen Situation: Im Moment schlägt uns der Gemeinderat vor, mit dem aktuellen Steuersatz von 1,14 weiterzuarbeiten. Dadurch erwarten wir ein Defizit von CHF 2,2 Mio. Das erwartete Defizit würde zu Lasten des Eigenkapitals abgebucht, falls es eintreten würde. Dies ist sinnvoll aus Sicht des forum.
3. Zum Fremdkapital bzw. zu den Schulden: Ich habe in die gleiche Kerbe – die Schuldenentwicklung ist im Finanzplan 2021 – 2026 abgebildet. Man sieht, dass die Schulden steigen werden. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat das Vorgehen zum Schuldenabbau im 2022 festlegen und die verschiedenen Szenarien dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis bringen wird, so wie es Thomas Hanke in seinem Votum angesprochen hat.

Kurz und knapp zum heutigen Antrag des Gemeinderats: Die forum-Fraktion mit der EVP werden das vorgelegte Budget 2022 und den Investitionsplan vollumfänglich unterstützen.

Detailberatung Investitionsplan 2021 – 2026

Vorbericht S. 1 – 4
Keine Bemerkungen

Die Seiten mit den Zusammenzügen lasse ich weg; wir befinden uns somit direkt auf Seite 8.

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung
Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit
Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung
Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit
Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Gesundheit
Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit
Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr
Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung
Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2022

Rechnungslegungsgrundsätze, S. 1
Keine Bemerkungen

Erläuterungen, S. 1 – 4
Keine Bemerkungen

Ergebnisse, S. 5 – 9
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung, S. 10
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 11
Keine Bemerkungen

Eigenkapitalnachweis, S. 12 + 13
Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 0 nach Funktionaler Gliederung ER (Allgemeine Verwaltung, S. 15 – 17)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 18 – 20)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 2 (Bildung, S. 21 – 25)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 3 (Kultur, Sport und Freizeit, S. 26 – 30)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 4 (Gesundheit, S. 31)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 5 (Soziale Sicherheit, S. 32 – 37)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 6 (Verkehr, S. 38 – 40)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 7 (Umweltschutz und Raumordnung, S. 41 – 44)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 8 (Volkswirtschaft, S. 45)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 9 (Finanzen und Steuern, S. 46 bis 48)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 3 nach Sachgruppengliederung Erfolgsrechnung (Aufwand, S. 49 bis 52)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 4 (Ertrag, S. 53 bis 55)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 9 (Abschlusskonten, S. 56)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung aller neun Konten Funktionale Gliederung IR (S. 57 bis 60)

Keine Bemerkungen

Budget Feuerwehr Allmendingen - Muri-Gümligen (AMG) 2022 (S. 61)

Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2021 – 2026

Vorbericht (S. 1 bis 9)

Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse (S. 10)

Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung (S. 11)

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen (S. 12)

Keine Bemerkungen

Planbilanz (S. 13)

Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Bernhard Häuselmann (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss

A) Der Investitionsplan 2021 – 2026 wird einstimmig genehmigt.

B) Budget 2022 (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2022 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: Das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00 (unverändert);
3. Das Budget 2022 wird genehmigt bestehend aus:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF	82'347'800
Ertrag Gesamthaushalt	CHF	80'149'600
Aufwandüberschuss Gesamthaushalt	CHF	- 2'198'200
davon Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	78'664'700
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	76'448'600
Aufwandüberschuss Allgemeiner Haushalt	CHF	- 2'216'100
Aufwand Abfall	CHF	1'955'600
Ertrag Abfall	CHF	1'971'000
Ertragsüberschuss Abfall	CHF	15'400
Aufwand Kindertagesstätten	CHF	1'727'500
Ertrag Kindertagesstätten	CHF	1'730'000
Ertragsüberschuss Kindertagesstätten	CHF	2'500

C) Der Finanzplan 2021 – 2026 wird zur Kenntnis genommen.

3. **Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat; Teilrevision**

Die Vorsitzende: Das eigentliche Geschäft von Traktandum 3 ist vom Büro GGR letzte Woche zurückgezogen worden, Ihr wurdet per Mail informiert. Anstelle dieses Geschäfts werden wir über einen überparteilichen Antrag abstimmen. Dieser liegt schriftlich vor und Eva Schmid, die 2. Vizepräsidentin des Büros, wird diesen Antrag kurz begründen.

überparteilicher Antrag (forum, FDP, Grüne, SP, SVP) Totalrevision Geschäftsordnung GGR

Das Büro GGR wird beauftragt, eine Totalrevision der Geschäftsordnung GGR unter Einbezug aller Fraktionen zu erarbeiten und dem Parlament so rasch wie möglich vorzulegen.

Eva Schmid (2. Vizepräsidentin): Wie Patricia ausgeführt hat, wurdet Ihr über diesen Antrag informiert. Die Begründung ist relativ einfach: Ursprünglich war eine Teilrevision geplant aufgrund der Motion zur digitalen Sitzungsdurchführung. Wir haben anschliessend gedacht, wir könnten auch noch eine redaktionelle Überarbeitung vornehmen, da vieles veraltet ist, und gewisse Sachen der gelebten Praxis anzupassen. Die Tatsache ist, dass die Übergänge einer Teil- zu einer Totalrevision fließend geworden sind, wie wir im Rückblick auch eingestehen müssen, und die Tatsache, dass anschliessend auch noch verschiedene Anträge gestellt worden sind, hat uns zum Schluss geführt, dass es sauberer wäre, das Geschäft zurückzuziehen und noch einmal zu bringen bzw. eine Totalrevision zu erarbeiten. Wie das Büro dies machen möchte, wird Euch Patricia noch erklären.

Die Vorsitzende: Wie Eva schon kurz ausgeführt hat, hat diese Überarbeitung der Geschäftsordnung eine gewisse Geschichte. Wir haben mit kleinen Sachen begonnen und haben dann gemerkt, es wäre eigentlich überarbeitungsbedürftig, doch uns fehlte der Auftrag. Das Büro konnte sich den Auftrag der Totalrevision nicht einfach so geben. Nachdem es die Fraktionen angeschaut haben, stellte man überall fest, dass es doch besser wäre, wenn man noch ein paar Punkte in der Geschäftsordnung, welche an und für sich gut ist – sie ist halt nicht mehr topaktuell –, anpassen würde und vielleicht auch noch die Struktur anders machen könnte. Deshalb haben wir im Büro kurz besprochen, wie wir vorgehen möchten. Es ist so, dass wir nicht zu viel Zeit verlieren und deshalb eine ad hoc-Kommission einsetzen möchten, in welcher von jeder Fraktion mindestens ein Vertreter dabei wäre, es können aber auch zwei gemeldet werden. Die Vertreter des Büros werden sicher dabei sein, da diese auch bereits bei der Vorgeschichte bzw. bei der Vorüberarbeitung dabei gewesen sind. Es ist auch so, dass ihr diese Unterlagen, welche verteilt worden sind, nicht wegwerfen müsst, wir bauen darauf auf. Wenn es dort bereits Bemerkungen gibt, schaut diese in den Fraktionen an. Schaut Euch auch die ganze Geschäftsordnung an, welche wir Euch in den nächsten Wochen zukommen lassen und diskutiert diese. Anschliessend wäre es wichtig, dass die oder der Fraktionsvertreter*in, welche/r nachher in dieser ad hoc-Kommission wäre, weiss, was sind die Anliegen der jeweiligen Fraktion, damit wir relativ rasch die Geschäftsordnung überarbeiten können. Das Ziel wäre, dass wir Mitte – allerspätestens Ende Jahr – die Geschäftsordnung im GGR verabschieden könnten, und dann nicht x Anträge hier hätten, welche wir behandeln und darüber abstimmen müssten, sondern dass wir diese zusammen im Konsens untereinander überarbeiten, dass sie hier mehrheitsfähig sind. Das eigentliche Prozedere würden wir in den nächsten Wochen im Büro noch besprechen. Unsere Idee ist, dass wir möglicherweise eine erste Sitzung oder einen Workshop bereits im Dezember machen würden und einen zweiten im Januar, da dann eine etwas ruhigere Zeit ist, und wir vom Parlament her noch keine grösseren Geschäfte haben. In diesem Sinne beantragt Euch das Büro

des GGR die Annahme dieses Antrags. Ich möchte nun aber doch noch den Fraktionen die Gelegenheit geben, sich allenfalls dazu zu äussern, falls Bedarf besteht. Wenn dies der Fall ist, könnten sich die Fraktionssprecher melden, sonst würden wir direkt zur Abstimmung kommen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Büro GGR wird mit einem überparteilichen Antrag (forum, FDP, Grüne, SP, SVP) mit der Erarbeitung einer Totalrevision der Geschäftsordnung GGR beauftragt.

4. Regionalkommission; Aufstockung auf 7 Mitglieder bzw. Wahl von 2 neuen Kommissionsmitgliedern

Für die Regionalkommission spricht Martin Koelbing: Die Regionalkommission empfiehlt Euch diesem Antrag dreifach zuzustimmen:

- der Aufstockung von 5 auf 7 Mitglieder
- der vorgeschlagenen Sitzverteilung
- der Wahl der beiden neuen Mitglieder (Laura Bircher, FDP, und Hilmi Gashi, Grüne)

Das forum unterstützt diesen Antrag vollumfänglich.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Martin Koelbing verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Gestützt auf Art. 17 der Geschäftsordnung und in Ergänzung des Parlamentsbeschlusses vom 19. Februar 2013 wird die Mitgliederzahl der nichtständigen parlamentarischen Regionalkommission um zwei Mitglieder auf neu 7 Mitglieder erhöht.
2. Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis zum 31. Dezember 2024, erfolgt folgende Sitzverteilung:
 - 3 FDP (neu, bisher 2)
 - 1 SP
 - 0 EVP
 - 1 Grüne (neu, bisher 0)
 - 1 forum
 - 1 SVP
3. Für den Rest der laufenden Amtsdauer werden gestützt auf die Vorschläge der Fraktionen der FDP und der Grünen als Mitglieder der Regionalkommission gewählt:
 - Laura Bircher, FDP
 - Hilmi Gashi, Grüne

5. Melchenbühl; Kauf und Umnutzung Kirchgemeindehaus; Abrechnung Verpflichtungskredit

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Carole Klopstein verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Carole Klopstein (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Abrechnung des Verpflichtungskredits für das Projekt "Melchenbühl; Kauf und Umnutzung Kirchgemeindehaus" wird genehmigt.

Bei einem bewilligten Kredit von CHF 3'100'000.00 schliesst das Projekt mit Kosten von CHF 3'032'090.35 und mit einer Kreditunterschreitung von CHF 67'909.65 ab.

6. Turbenweg / Füllerichstrasse; Entwicklung; Abrechnung Verpflichtungskredit

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Die vorliegende Kreditabrechnung für die Arealentwicklung Füllerich / Turbenweg kann erfreulicherweise mit einer Kreditunterschreitung von CHF 16'370.60 und damit einem abgerechneten Gesamtbetrag von CHF 428'629.40 vorgelegt werden. Die einzelnen Abweichungen zum Budget könnt Ihr der Botschaft entnehmen. Dies werde ich deshalb nicht weiter ausführen, aber es ist einigen von Euch sicher aufgefallen, dass sich ein kleiner Fehler eingeschlichen hat in diesem Text und zwar, was die Zahlen für altersgerechtes Wohnen betrifft. Unter Punkt 3 "Projekt" auf Seite 4 sollten statt 20 % altersgerechtes Wohnen 50 % stehen. Dies ist auch im Siegerprojekt so ausgewiesen mit einem Anteil von 52 % altersgerechtem Wohnraum plus 20,5 % preisgünstiges Wohnen, was den gesetzten Zielvorgaben entspricht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das gewählte Verfahren mit der Ausschreibung in Wettbewerbsform unter den vorbestimmten formellen und baulichen Vorgaben sehr erfolgreich verlaufen ist. Es hat sich auch die Zusammenarbeit mit dem Beratungsbüro Kontur unter dem Projektleiter Manuel Hutter als richtige Wahl erwiesen. Er hat bereits bei den Vorbereitungen rund um den Kauf dieser Parzellen erfolgreich mitgewirkt und deshalb auch schon ein Gespür für die Arealentwicklung und den Projektwettbewerb mitgebracht. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen, und weil zu keinem Zeitpunkt der Schwellenwert für eine öffentliche Ausschreibung überschritten wurde, hat die Kontur den Auftrag auch direkt weitergeführt. Auch nach Abschluss dieses Prozesses zeigt sich der Gemeinderat sehr zufrieden über diese Zusammenarbeit. Was hingegen in den vergangenen Monaten auch hier im Parlament zu reden gegeben hat, ist die inzwischen bewilligte Aufteilung des Erdgeschosses. Ich möchte hier noch einmal auf die Beantwortung der Interpellation

Überbauung "Zone mit Planungspflicht Turbenweg" vom 24. August 2021 verweisen. Wie wir damals bereits ausgeführt haben, hat sich der Gemeinderat im Rahmen seiner Möglichkeiten um die Diversifizierung der Nutzung im Erdgeschoss bemüht. Er hat den Austausch mit der Bauherrin, aber auch mit potenziellen Mieterinnen und Mietern, gesucht und Gespräche geführt. Bis heute hat sich daraus leider keine Veränderung ergeben, doch wir beobachten einen sehr starken Wandel im Dienstleistungssektor, und es kann hier durchaus sein, dass durch die hohe Dynamik, welche herrscht, bereits noch vor Bauende eine Veränderung anstehen wird und dort vielleicht noch Anpassungen im Mieterinnen- / Mietermix vorgenommen werden. In diesem Rahmen wird sich der Gemeinderat weiterhin dafür einsetzen, dass die in verschiedenen Voten angebrachte und erwünschte Diversität der Mietenden in diesem Perimeter erhöht wird.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Carole Klopstein (GR) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Abrechnung des Verpflichtungskredits für das Projekt "Entwicklung Turbenweg / Füllerichstrasse" wird genehmigt.

Bei einem bewilligten Kredit von CHF 445'000.00 schliesst das Projekt mit Kosten von CHF 428'629.40 und mit einer Kreditunterschreitung von CHF 16'370.60 ab.

7. Fachstelle für Altersfragen; Aufstockung des Kostendachs

Für die GPK spricht Raphael Racine: Die GPK hat in ihrer Sitzung vom 13. Oktober das Geschäft betreffend "Fachstelle für Altersfragen eingehend geprüft. Anwesend war auch der für das Geschäft verantwortliche Gemeinderat, Martin Häusermann, der uns detailliert Auskunft geben konnte.

Der GPK wurde dabei erläutert, warum eine Aufstockung des Kostendachs um 20 % notwendig ist. Ein Haupttreiber für die Aufstockung ist das durch den Gemeinderat im September verabschiedete neue Altersleitbild, das heute vom Grossen Gemeinderat zur Kenntnis genommen wird. Bei vielen dort definierten Handlungsfeldern ist vorgesehen, dass die Fachstelle für Altersfragen bei der Umsetzung wesentlich in der Verantwortung steht.

Mittelfristig ist zudem damit zu rechnen, dass der Anteil an älterer Bevölkerung in Muri b. Bern weiter zunimmt, dass Demenzerkrankungen häufiger auftreten und, dass die Ansprüche der älteren Personen in der Gemeinde allgemein zunehmen werden. Dadurch rechtfertigt sich die Erhöhung des Kostendachs für die Fachstelle für Altersfragen.

In der GPK wurde trotzdem teilweise kritisiert, dass für die Aufstockung des Kostendachs um 20 % die "harten Fakten" fehlen würden. Auch wurde kritisch hinterfragt, warum so kurz nach Etablierung der Fachstelle bereits eine Aufstockung des Pensums verlangt werde. Anlass zur Diskussion gab ferner, warum gerade das Alterszentrum Alenia für die Angliederung dieser Fachstelle ausgewählt wurde und

worin deren Motivation besteht.

Alles in allem konnte der zuständige Ressortvorsteher aber gut auf diese von der GPK gestellten Fragen eingehen und sie zufriedenstellend beantworten.

Die GPK beantragt deshalb dem Grossen Gemeinderat einstimmig, auf das Geschäft einzutreten.

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Das vorliegende Geschäft besteht aus diesen zwei Teilen:

1. Kenntnisnahme des überarbeiteten Altersleitbilds
2. Die Aufstockung des Kostendachs der Fachstelle für Altersfragen um die CHF 30'000.00 ab dem Jahr 2022

Die Überarbeitung des Altersleitbilds, welche übrigens inzwischen in der 5. Fassung vorliegt, ist in einem partizipativen Prozess mit einer Bevölkerungsbefragung erfolgt und unter Einbezug von Vertretern aus dem Bereich Alter, der Verwaltung, dem Seniorenrat, einer externen Fachexpertin und durch die Steuerung des Ausschusses für Altersfragen.

Der Gemeinderat hat im Anschluss dieses Leitbild intensiv diskutiert und im September freigegeben. Das Altersleitbild gibt eine Orientierung für die kommenden Jahre, Massnahmen werden nun mittels der Jahresplanung rollend terminiert und konkretisiert sowie anschliessend umgesetzt. Ein wichtiger Treiber für den steigenden Ressourcenbedarf ist aber auch die demografische Entwicklung in unserer Gemeinde. Ich glaube, die Zahlen dazu sind hinlänglich bekannt, und wir haben diese schon mehrmals kommuniziert. Es sind aber noch zusätzliche Faktoren, wie beispielsweise die Zunahme der Demenz mit Auswirkungen auf die Angehörigen. Wir haben es vorhin schon vom GPK-Sprecher gehört, die Anliegen und Ansprüche steigen auch durch solche Faktoren. Gerne erinnere ich kurz an die drei Angebotsbereiche der Fachstelle für Altersfragen, wie sie auch in der Leistungsvereinbarung aufgeführt sind.

Dies sind zum einen die Kurse und Veranstaltungen, diese sind zugleich der Hauptaufwand, welcher in der Fachstelle betrieben wird. Als Beispiel kann ich vielleicht aus den letzten Lokalnachrichten das Inserat zeigen für die Demenzschulung für Angehörige, welche übrigens im Alters- und Pflegeheim Buchegg stattfindet. Als weiteres Beispiel das Seniorencafé, welches nun im Bärtschihus etabliert wird in Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat – ein niederschwelliges Angebot.

Der zweite Bereich ist die Koordination und Vernetzung unter allen Institutionen im Altersbereich, aber auch das Zusammenspiel mit dem Seniorenrat, welcher die Betroffenen in diesem Segment vertritt, oder auch mit dem Ausschuss für Altersfragen.

Der dritte Bereich ist die Information, Beratung und Vermittlung, welche häufig auch auf individueller Basis erfolgen. Die beantragte Erhöhung wurde aufgrund der Erfahrungen und Möglichkeiten geschätzt. Sie wird realisiert durch eine Pensenerhöhung der heutigen Stelleninhaberin. Die Erhöhung fällt nicht zuletzt auch aufgrund gefallener Voten im GGR moderat aus, um den Antrag auch mehrheitsfähig zu machen. Auch nach einer Erhöhung gilt weiterhin der Leitgedanke: Die Ressourcen wollen wir so einsetzen, dass eine möglichst gute Wirkung erzielt werden kann. Ich würde mich über Eure Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderats freuen. Ich bin überzeugt, dass die zusätzlichen CHF 30'000.00 im Altersbereich gut investiert sind, und sie einen Beitrag leisten können zur Lebensqualität im Alter.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Bettina Legler (FDP): Zuerst möchte ich erwähnen, dass unsere Fraktion vom Altersleitbild Kenntnis genommen hat. Bezüglich der Erhöhung des Kostendachs um CHF 30'000.00 auf neu CHF 120'000.00 muss ich etwas ausholen. Bei diesem Geschäft tragen wir zwei Seelen in unserer Brust. Zum einen – und das ist uns sehr wichtig festzuhalten – finden wir es sehr gut, dass wir eine Fachstelle für Altersfragen in unserer Gemeinde haben, die unseren älteren und betagten Einwohnern in verschiedenen Fragen und Lebenslagen als Anlaufstelle dient und hilft, ein langes und autonomes Leben zuhause führen zu können, die sich aber auch um die Koordination und Vernetzung der Institutionen im Altersbereich kümmert und Veranstaltungen und Projekte organisiert.

Es ist auch unbestritten, dass wir in Frau Pennella eine kompetente und engagierte Fachfrau haben, die mit grossem Eifer und Einsatz ihrer Tätigkeit nachgeht. Es ist nun aber so: Einige Fraktionsmitglieder sind der Auffassung, dass die Ausführungen der Kosten und Zahlen ungenau sind. Wir fragen uns, wofür die CHF 90'000.00 genau ausgegeben wurden und wofür die CHF 30'000.00 noch zusätzlich benötigt werden. Es fehlt schlicht und einfach ein durch Zahlen untermaltes Konzept, aus dem hervorgeht, ob die Fachstelle die Ressourcen am richtigen Ort richtig einsetzt. Dies wurde bereits in der GGR-Sitzung im April dieses Jahres bemängelt. Dieser Kritik wurde im vorliegenden Papier nicht Rechnung getragen. Die Fakten und Zahlen sind somit unklar und führen deshalb bei einigen von uns zu einer Ablehnung des Geschäfts. Andern genügen die Angaben, und sie werden zustimmen.

Einig sind wir uns aber alle, dass, sofern das Konzept überzeugend und die Zahlen klar ersichtlich wären, wir, das heisst die Fraktion der FDP, einer Erhöhung zustimmen würden, sei es nun um CHF 30'000.00 oder auch eventuell (wenn nötig) für mehr.

Was macht man nun in einer solchen Situation in einer demokratischen Partei wie der FDP, wenn nicht alle Mitglieder der Fraktion die gleiche Meinung zu einem Geschäft haben? Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Reto Lauper (SVP): Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Parlamentssitzung im März 2018, bei welcher das Parlament die definitive Einführung der Fachstelle für Altersfragen mit 23 Ja-Stimmen beschlossen hat. Unsere Fraktion hat schon damals geschlossen dagegen gestimmt, das Geschäft hat schon damals zu reden gegeben und zu Diskussionen geführt. Sogar im Votum der SP sind damals als Gegenargument die hohen Kosten erwähnt worden. Gleich nach dieser Sitzung – ich kann mich noch daran erinnern – haben wir gesagt: Jetzt musst Du schauen, nach zwei Pilotversuchen hat man diese Fachstelle einführen können, und es wird nicht allzu lange dauern, kommt ein Antrag für mehr, ein Antrag für eine Erhöhung des Stellenpensums, eine Erhöhung des Kostendachs. Und nun – dreieinhalb Jahre später –, voilà, haben wir auf dem Traktantenteller den Antrag für die Erhöhung dieses Kostendachs. Unsere Fraktion nimmt dieses Altersleitbild 2021 – 2031 zur Kenntnis. Nun könnten wir – vielleicht etwas entgegen meiner Eröffnungsrede – eigentlich einen Antrag stellen auf Aufstockung der Fachstelle auf ein 100 %-Pensum. Auch dieses Arbeitspensum würde diese Stelle auslasten können. Die Fachstelle wüsste sich durchaus sinnvoll und zielbringend zu beschäftigen wissen und würde Angebote, Vernetzungen und Beratungsaufgaben für unsere ältesten Mitbürgerinnen und Mitbürger in hoher Qualität anbieten. Hier wird mit Hingabe und Empathie wertvolle Arbeit verrichtet, und die Resonanz der Dienstleistungsempfängerinnen und -empfänger ist gut und dankbar. An dieser Stelle ein Lob an die geleistete

Arbeit. Für mich stellt sich aber immer ein wenig die Frage nach dem Kosten- / Nutzenverhältnis. Ich habe mir überlegt, was würde denn eine solche Vollzeitstelle überhaupt kosten? Dies ist schwer zu sagen, aber ich schaue einmal zurück auf die bisherigen Zahlen. Gestartet hat es mit einer ungefähren 30 %-Stelle, bei welcher CHF 70'000.00 zu Rechnung gefallen sind, dann ist die Aufstockung um 20 % erfolgt, was das Kostendach auf die aktuellen CHF 90'000.00 hinaufgehievt hat. Nun kommen die nächsten 20 Stellenprozent dazu, welche nun CHF 30'000.00 mehr kosten sollen. Hochgerechnet auf eine 100 % Stelle landen wir irgendwo bei CHF 160'000.00 bis CHF 180'000.00 im Jahr inkl. den Veranstaltungs- und Verwaltungskosten. Dies sind zwar fiktive und hochgerechnete Beträge, zeigen aber auf, dass sich die Gemeinde Muri bei Bern ohne jegliche gesetzliche Verpflichtung hierfür bereits mit diesen 50 Stellenprozenten und CHF 90'000.00 einen guten Luxus leistet. Auf der anderen Seite könnte man nun auch den Antrag stellen, die Dienstleistung der Fachstelle für Altersfragen komplett in Frage zu stellen. Dies hingegen würde aber einem wichtigen Punkt des Altersleitbilds widersprechen und dem Leitbild wirklich den Boden unter den Füßen wegziehen, dies will hier sicher niemand riskieren, insbesondere in einer Gemeinde wie unsere, mit ihren vorherrschenden demografischen und uns allen bekannten Eigenschaften und Strukturen. Um Ordnungsklarheit an die Parlamentspräsidentin zu richten, von unserer Fraktion kommt kein Antrag. Kommen wir zurück auf das erwähnte Kosten- / Nutzenverhältnis. In der Gemeinde Muri haben wir ein breit gefächertes und gutes Angebot an lokalen Vereinen, welche beratungsähnliche Aktivitäten und Funktionen bereits anbieten. Einwände zur erneuten Kostendacherhöhung einer solchen gemeindefinanzierten Fachstelle liegt also auf der Hand. Bietet denn die Gemeinde dadurch nicht sogar eine Überbetreuung an?

Wenn wir auf das Bauchgefühl hören, welches sagt, man kann eine vulnerable Bevölkerungsgruppe nicht alleine ohne gemeindeeigene Fachstelle den durchaus nicht leichten Alltag meistern lassen, machen wir dies denn nicht vielmehr, um das eigene Gewissen zu beruhigen?

Wir haben das Beruhigen der eigenen Seele über politische und finanzielle Wege schon bei anderen emotionalen Themen hier im Rat besprochen, und es wurde vor allem von der bürgerlichen Seite her immer ein wenig moniert. Dies ist hier doch auch ein wenig der Fall. Wir anerkennen und verdanken die bisherige Arbeit der Fachstelle für Altersfragen, aber Nein, dieses Kostendach soll für diese Dienstleistung nicht noch einmal um CHF 30'000.00 pro Jahr erhöht werden. Wir haben es bereits im März 2018 vorausgesagt, dass eine solche Anfrage einmal kommen wird, nun ist diese hier, und wir werden ablehnen.

Gaby Grossen (forum): An der GGR-Sitzung vom 24. April 2021 hat das forum die "Berichterstattung 2018 – 2020 zur Altersarbeit" gewürdigt und insbesondere die Breite der Aktivitäten betont, die Patrizia Pennella seit Bestehen der Fachstelle für Altersfragen in kurzer Zeit aufgebaut hat. Danke, Patrizia!

Man hat 2018 eine neue Fachstelle geschaffen, sie ist nun salopp gesagt "auf der Reise", und die vielfältigen Bedürfnisse zeichnen sich immer deutlicher ab. Der Entscheid für die Fachstelle war ein mutiger Entscheid, ein richtiger Entscheid vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hier in Muri-Gümligen. Wir alle wissen, dass "Muri bei Bern den höchsten Anteil der über 65-Jährigen im Kanton Bern aufweist" (GGR-Botschaft, S. 2). Jetzt geht es um den Erhalt und den Ausbau der notwendigen Angebote.

Die grundsätzlichen Tätigkeiten / Angebote sind in der GGR-Botschaft auf S. 3 / 4 aufgeführt und umfassen drei Bereiche; Martin Häuselmann hat diese zuvor ausgeführt, ich wiederhole sie hier nicht.

Das uns vorliegende "Altersleitbild 2021 – 2031" skizziert, in welche Richtung die zukünftige Arbeit der Fachstelle gehen wird. Selbstverständlich braucht es hier noch einige Schärfungen, Präzisierungen. Die Fokussierung zeigt sich in den 5 Handlungsfeldern, wobei die Fachstelle gemäss Leitbild ihre Rolle "als Motor und

Koordinatorin" (Leitbild, S. 12) definiert.

Handlungsfeld 1 "Umsetzung der Alterspolitik" entspricht der eigentlichen Kernaufgabe der Fachstelle. Die Klärung der Zusammenarbeit und der Zuständigkeiten mit dem Seniorenrat ist dabei einer der Puzzlesteine, allerdings ein wichtiger!

Handlungsfeld 2 "Sorgende Gesellschaft" ist ein arbeitsintensiver Bereich, wenn es in Punkt 2.5 um "Die Unterstützung älterer Menschen und Entlastung von deren Angehörigen [geht], um deren Verbleib zuhause zu ermöglichen, solange es die Lebensumstände zulassen." Dieser Auftrag muss mit Handlungsfeld 4 "Wohnen im Alter" zusammen gesehen werden.

Handlungsfeld 5 "technologischer Wandel" ist aus unserer Sicht ebenfalls ein grosser und in seiner Komplexität momentan noch schwierig zu fassender Bereich. Die GGR-Botschaft (S. 5) weist darauf hin: "Die im Moment brachliegenden Themen der Digitalisierung oder auszuarbeitenden Wohnmöglichkeiten sind zeitintensive Projekte." Ja, das sehen wir gleich!

Dass diese Koordinationsarbeit der Fachstelle für Altersfragen eine arbeitsintensive, zeitaufwändige und vor allem sehr notwendige Aufgabe in unserer Gemeinde ist, ist uns vom forum sehr bewusst. Angesichts der 35 Massnahmen, in welche die Fachstelle gemäss GGR-Botschaft (S. 5) involviert ist, und zudem für die Umsetzung von 14 Massnahmen konkret verantwortlich ist, lässt sich dieses Arbeitsvolumen ohne Aufstockung aus unserer Sicht längerfristig nicht bewerkstelligen.

Deshalb befürworten wir vom forum sehr klar die Aufstockung des Kostendachs auf CHF 120'000.00. Die demografische Situation in unserer Gemeinde macht dies nicht nur notwendig, darin liegt die eigentliche Begründung. Kurzum: Wir sagen klar Ja zur beantragten Kostendacherweiterung und freuen uns auf den nächsten Report der Fachstelle für Altersfragen.

Karin Künti (SP): Die SP Fraktion wird der Aufstockung des Kostendachs der Fachstelle für Altersfragen klar zustimmen.

Bereits jetzt macht der Anteil an über 65-Jährigen fast 30 % der Bevölkerung in Muri-Gümligen aus, und insbesondere der Anteil der sogenannten Hochbetagten über 80 Jahren und damit auch der fragilen Bevölkerungsgruppe wird künftig steigen. Dass damit auch die Anliegen und Ansprüche dieser Altersgruppe steigen, liegt auf der Hand.

Das Altersleitbild fasst diese Bedürfnisse in 5 Handlungsfeldern zusammen und stellt den entsprechend umfangreichen Massnahmenplan vor. Dabei fällt auf, dass verschiedene, sowohl private als auch öffentliche, gemeinnützige Akteure – wie auch Vereine – auf Gemeindeebene bereits engagiert sind, und dass die Fachstelle für Altersfragen ihre Rolle als Kompetenz- und Vermittlungsstelle wahrnimmt und ihr Engagement noch verstärken wird. Der SP-Fraktion ist insbesondere der Aspekt der Caring Community wichtig – dass die verschiedenen Bedürfnisse nicht über einen Wettbewerb von Angeboten bedient werden, sondern dass innerhalb der Dorfgemeinschaft ein "sorgendes Netz" geknüpft wird – das marktergänzend trägt. Es dünkt uns, dass es der Gemeinde Muri-Gümligen gut ansteht, mit der Fachstelle für Altersfragen die dafür erforderliche Regiefunktion zu übernehmen und den Stellenetat entsprechend aufzustocken. Nicht als Luxus, sondern im Sinne von Unterstützung und Pflege für alle, die hier leben. Kosten und Nutzen finde ich immer wieder schwierige Argumente in Bezug auf Bedürfnisse von älteren und fragileren Personen.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Raphael Racine (GPK) noch von Martin Häusermann (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (22 Ja / 15 Nein / 2 Enthaltungen)

1. Das Altersleitbild wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fachstelle für Altersfragen sei ab 01.01.2022 eine Erhöhung des Kostendaches von CHF 90'000.00 um CHF 30'000.00 auf neu CHF 120'000.00 pro Jahr zu genehmigen.

8. Motion 2.1 (Siegenthaler, forum): Einsparpotential bei Strassenbeleuchtung realisieren; Zwischenbericht

Für den Gemeinderat spricht Markus Bärtschi: Die Abteilung Verkehr hat sich direkt nach der Überweisung des Vorstosses an die Arbeit gemacht und ein Konzept für die geforderte, möglichst rasche, Umsetzung erstellt. Unter Mitwirkung und in Übereinstimmung mit der Motionärin hat der Gemeinderat aber dann beschlossen, dies nicht über das Knie zu brechen, sondern sich die Zeit für eine vertiefte Abklärung zu nehmen. Die Umsetzung würde schliesslich ein grösseres Projekt bedingen. Mit diesem etwas "nutzen" Zwischenbericht verschaffen wir uns gem. Art. 30 der Geschäftsordnung des GGR die dafür benötigte Zeit. Das Geschäft wird nach dem derzeitigen Planungsstand im Frühling dem GGR vorgelegt.

Kevin Jordi (forum): Wir danken für den vorliegenden Zwischenbericht. Wir hoffen, dass dieses Vorhaben am liebsten mit Lichtgeschwindigkeit weiterbearbeitet wird. Zu Punkt 4 "Beleuchtungskonzept" möchten wir kurz anmerken, dass bei der Erneuerung der Leuchtmittel ebenfalls die Höhe der Kandelaber geprüft werden sollte. Im Dialog mit der Bevölkerung wurde uns zugetragen, dass z.B. hier bei der Moosstrasse die dichten Bäume unterhalb der Kandelaber einen grossen Teil des Lichts verdecken, und so zu wenig hell und sicher wirken. Wir bitten den Gemeinderat, dieses Anliegen ebenfalls ins rechte Licht zu rücken und so, im Beispiel der Moosstrasse, noch mehr Licht ins Dunkle zu bringen – wenn nicht gerade eine schöne Mondnacht ist.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Kevin Jordi (forum) noch von Markus Bärtschi (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Ihr habt vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.

9. Motion Legler (FDP): Schulwegsicherheit Aebnitstrasse

Markus Bärtschi verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichnende spricht Bettina Legler (FDP): Ich kann mich eigentlich nur für die rasche Behandlung meiner Motion beim Gemeinderat bedanken. Die Ausführungen sind für mich sehr zufriedenstellend und ich hoffe auf die Gutheissung der Überweisung durch den GGR.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Bettina Legler (FDP) noch von Markus Bärtschi (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Motion Legler (FDP): Schulwegsicherheit Aebnitstrasse wird überwiesen.

10. Motion Brunner (SP): Publikation der GGR-Abstimmungsergebnisse in den Lokalnachrichten

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichnender spricht Joe Brunner (SP): Mein Anliegen ist ein politisches. Seit den letzten Wahlen sind die Abstimmungsergebnisse nicht mehr so leicht vor-ausschlagend, das politische Geschäft ist interessanter geworden. Mit der Publikation der Abstimmungsergebnisse in den Lokalnachrichten frei Haus können unsere Bürgerinnen und Bürger bequem einen vertieften Einblick ins politische Geschehen unserer Gemeinde gewinnen. Interessant sind ja nicht nur knappe Abstimmungsergebnisse, sondern auch fast einstimmige Ergebnisse. Sie zeigen auf, dass viele Geschäfte unbestritten sind, die Zustimmung aller Parteien erlangen.

Der Gemeinderat verfolgt eine gründliche Informationspolitik in den Medien, veranstaltet auch öffentliche Anlässe, an denen er die Bevölkerung orientiert, offeriert dabei auch mal einen Apéro, initiiert Sounding Boards. Er scheut zu Recht keinen Aufwand und keine Kosten. Jetzt zielt der GGR mit einer Motion, die fast keinen Aufwand bedingt und praktisch nichts kostet in die gleiche Richtung wie die gemeinderätliche Praxis. Und was passiert? Der Gemeinderat lehnt die Motion ab und widerspricht so seiner eigenen Informationspolitik. Ziehen wir doch am gleichen Strick und realisieren die Motion!

Die Begründung für die Ablehnung erfolgt im letzten Abschnitt, unmittelbar vor dem Antrag und lautet wie folgt: « . . . und zwar aufgrund des Umstandes, dass nicht zwingend bei allen Abstimmungen eine effektive Ausmittlung der Ja- und der Nein-Stimmen sowie der Stimmenthaltungen erfolgt.» Das wird in der Motion nicht verlangt. Darum kann das nicht als Begründung für die Ablehnung gelten.

Bei jedem Geschäft im GGR, über das abgestimmt wird, wird das Abstimmungsergebnis im Protokoll festgehalten – dieses Abstimmungsergebnis soll in den

Lokalnachrichten publiziert werden. Das ist alles, was die Motion verlangt. Oder anders gesagt: Am Schluss jeder Sitzung sind alle Abstimmungsergebnisse bekannt und verfügbar. Die Motion fordert, sie an die Lokalnachrichten zur Publikation weiterzuleiten.

Es geht also um mehr Transparenz, dass die Bevölkerung künftig in den LoNa besser als heute über unsere Arbeit informiert wird. Im Grossen Gemeinderat ist Transparenz ein Grundprinzip, das von allen Parteien vertreten wird. Bleiben wir dabei, lehnen wir darum den offiziellen Antrag ab und überweisen wir die Motion. Die Abstimmungsergebnisse sind allen Leuten im Protokoll zugänglich. Wenn wir bereits in den LoNa diese Information vermitteln, ist das gegenüber der Bevölkerung ein freundlicher Akt. Wir sind ja alle freundliche Leute.

Die Vorsitzende: Habe ich dies richtig verstanden? Die Umwandlung wird abgelehnt?

Joe Brunner: Ja, ich lehne die Umwandlung der Motion in ein Postulat ab.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Bernhard Häuselmann (forum): Das forum versteht die Kommunikation als Service für die Bürger*innen und als Bringschuld. Wir möchten den interessierten Personen nicht einfach eine Holschuld im Internet überlassen.

Darum sind wir sehr interessiert, wie sich die Kommunikation zu den Gemeindegeschäften insgesamt entwickelt, wenn dafür nicht mehr der Amtsanzeiger Region Bern genutzt werden muss.

Eine generelle Verlagerung in die LoNa ist für uns darum prüfenswert, und im Umkehrschluss sollte der Vorstoss von Joe wie vom GR vorgeschlagen als Postulat, oder wie nun soeben von Joe verlangt als Motion, überwiesen werden.

Punkt 2 des Antrags für die Abschreibung lehnen wir in diesem Sinne ab.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Joe Brunner (SP) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Da Joe der Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht zugestimmt hat, stimmen wir darüber ab, ob die Motion überwiesen werden soll oder nicht.

Beschluss (24 Ja / 14 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion Brunner (SP): Publikation der GGR-Abstimmungsergebnisse in den Lokalnachrichten wird überwiesen.

11. Postulat Racine (SP), Brunner (SP) und Lauper (SVP): Eine Gemeindepartnerschaft für Muri b. Bern

Thomas Hanke und Stephan Lack verzichten auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichnender spricht Raphael Racine (SP): Ich möchte dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort danken und die damit verbundene Übersicht der Gemeinde beim versuchten Aufbau von Gemeindepartnerschaften in den letzten 30 Jahren.

Mein Fazit:

Momentan unterhält Muri b. Bern keine Gemeindepartnerschaft, sodass wir sehr gut eine neue eingehen können.

Ich komme heute Abend mit einem konkreten Vorschlag, die Etablierung einer Gemeindepartnerschaft bzw. Gemeindefreundschaft mit der Gemeinde Hirbovati in der Republik Moldawien.

Analysiere ich das in der Antwort beschriebene Engagement in der ehemaligen Tschechoslowakei oder in Moldawien durch unsere Gemeinde, halte ich fest, dass es sich primär um finanzielle Unterstützung im Rahmen von Hilfswerken handelte, und dass nie eine persönliche gegenseitige Kontaktnahme zwischen den Behörden erfolgte. Ein solches primär finanzielles Engagement, wie dies der Gemeinderat in seiner Botschaft beschrieben hat, ist zwar sehr löblich, aber es ist nicht das, was mir mit meiner Idee einer Gemeindepartnerschaft / Gemeindefreundschaft vor Augen schwebt.

Meine Vision einer Gemeindepartnerschaft ist die Idee, dass sich zwei Gemeinden auf Augenhöhe begegnen, und dass in erster Linie ein sozialer und kultureller Austausch erfolgt. Die finanzielle Unterstützung von möglichen Projekten hat für mich nur dritte Priorität.

Gemeindepartnerschaften auf Augenhöhe bedeuten viel Arbeit. Dafür brauchen wir motivierte Menschen auf beiden Seiten. Auf der einen Seite haben wir eine motivierte Person. Ich habe Euch im Vorfeld – auf jeden Fall den Fraktionspräsidenten – das Schreiben der Bürgermeisterin der Gemeinde zukommen lassen. Rodica Muntean Croitor, die Bürgermeisterin von Hirbovati, ist eine solche motivierte und engagierte Persönlichkeit. Ich kenne die Gemeinde Hirbovati sehr gut, es ist das Heimatdorf meiner Frau, wo ich auch schon einige Male zu Besuch war. Seit 2019 ist sie neu Bürgermeisterin und hat sehr vieles in kurzer Zeit bewegen können (mehr fließendes Wasser, besser ausgebaute Strassen). Dies ist sehr bedeutend. Man hat den Eindruck – vorher waren es nur Männer gewesen, welche Bürgermeister gewesen sind –, mit einer Frau hat plötzlich der Wind gedreht. Mehr Informationen findet Ihr im Schreiben, das ich per Mail verschickt habe.

Ich habe gesagt, es braucht motivierte, engagierte Persönlichkeiten. Wir hätten in diesem Beispiel bereits eine Anlaufstelle in Moldawien, weiter wären natürlich meine Frau und ich sehr motiviert.

Ich habe es bereits in Aussicht gestellt – falls Ihr diesem Postulat doch zustimmen würdet –, dass meine Frau, Marina, und ich bereit wären einen Verein zu gründen, der diese Etablierung eines Gemeindepartnerschafts eng begleiten würde. Das offizielle Bekenntnis zu einem solchen Partneriat müsste dann aber schon vom Gemeinderat kommen. Um ganz transparent zu sein: Ihr wisst vielleicht, in solchen moldawischen Dörfern ist jeder mit jedem verwandt – Marina ist die Coucousine von Rodica, der Bürgermeisterin. Wir haben vor diesem Postulat nie mit ihr Kontakt gehabt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme hier mit einem konkreten Beispiel, weil ich denke, dass es schwierig ist, in die Luft hinaus eine Gemeindepartnerschaft zu machen und zu suchen. Deshalb war wohl ein wenig die Überforderung des Gemeinderats: Was machen wir? Am besten unterstützt man Hilfsprojekte wie HEKS finanziell. Dies möchte ich aber nicht, deshalb komme ich mit diesem persönlichen Vorschlag einer konkreten Gemeinde.

Summa summarum: Hier gehen wir ein wenig in die Diskussion, welche wir auch

schon geführt haben im Rat, wofür sind wir Parlamentarier überhaupt hier? Es gibt durchaus, und ich finde dies auch legitim, die Ansicht: man ist gewählt für Gemeindegangelegenheiten und nicht für internationale Themen. Ich habe auf der anderen Seite das Gefühl, es würde unserer Gemeinde – uns allen – gut tun, eine solche Gemeindepартnerschaft auf Augenhöhe mit einer Gemeinde, welche in einer ganz anderen Kultur ist, mit anderen Herausforderungen, zu führen. Ich komme mir in Muri b. Bern – ich meine dies nun nicht böse, ich meine dies wirklich lieb – ja manchmal vor wie im "Hobbits Land" bei "Herr der Ringe". Die Hobbits sind ein sehr liebes, "härziges" Volk, bei welchem man aber den Eindruck hat, es schaut für sich, es tut sich schwer, über den Tellerrand hinauszublicken. Es kommt noch dazu, wer "Herr der Ringe" kennt, sie leben auch auf grossem Fuss die Hobbits. Eine solche Möglichkeit über den Tellerrand hinauszublicken, bietet sich heute Abend.

Ich bin deshalb gegen die Abschreibung unseres Postulats und würde es begrüssen, wenn dieser konkrete Vorschlag, welchen ich gebracht habe, mit unserer Bereitschaft, einen Verein zu gründen, noch einmal geprüft wird.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Lorenz Held (FDP): Als Mitunterzeichner des Postulats habe ich die Ehre, die Fraktionserklärung abzugeben.

Die ausführliche Antwort des Gemeinderats hat gut aufgezeigt, was sich in der Vergangenheit bewährt hat und wie sich das Umfeld – Stichwort Finanzausgleich – verändert hat. Als Vater einer Tochter, die ein Jahr im Gymnasium im Tessin verbracht hat, finde ich es persönlich etwas schade, dass die Möglichkeiten des frankophonen Austauschs so wenig genutzt werden, hier möchte ich die Schulen motivieren, besser aufzuzeigen, was möglich ist. Mir war das auf jeden Fall nicht bekannt, vielleicht ist es aber auch so, dass der Französischunterricht in den letzten Jahren unter den Schulmitteln gelitten hat.

Damit unsere Fraktion weiss, wie sie abstimmen soll, gebe ich noch die mehrheitliche Unterstützung des gemeinderätlichen Antrags um Abschreibung bekannt.

Keine Wortmeldungen.

Schlusswort von Stephan Lack (GR): Noch kurz aus meiner Sicht und als Bildungsminister, aber auch meine persönliche Meinung, durchaus pragmatisch, aber auch mit einer sozialen und kulturellen Beziehung im Hintergrund. Was Raphael uns vorhin erzählt hat, ist sicher sehr sympathisch. Meine persönliche Bevorzugung geht ein wenig in die Richtung von Lorenz Held. Wir sind ein zweisprachiger Kanton, der Kanton Bern, deshalb ist meine persönliche Bevorzugung eine Partnergemeinde im Berner Jura. Dies schliesst nicht aus, dass man später selbstverständlich auch noch andere Partnergemeinden haben kann. Dort sehe ich die Brücke über unsere Kinder und gerade mit den heutigen Möglichkeiten, welche die Digitalisierung bieten kann, denke ich, gibt es dort durchaus Erfolgspotenzial. Wir hatten alle Französischunterricht in der Schule. Ich denke mir schon, dass über Teams oder Zoom, aber selbstverständlich auch über reale Besuche, sich dort durchaus vorteilhafte Beziehungen mit Kindern und Klassen aus dem Berner Jura bilden könnten. Ich wollte noch kurz sagen, dass ich dies sicher noch zusätzlich einbringen würde in den Gemeinderat.

Schlusswort von Raphael Racine (SP): Damit es kein Missverständnis gibt, ich wäre selbstverständlich für beides. Ich habe nun ganz "all-in" gemacht auf die moldawische Gemeinde. Ich fände es natürlich sehr sinnvoll, wenn wir eine Gemeindepartnerschaft mit einer französischsprachigen Gemeinde hätten, der Berner Jura hat natürlich noch einen politischen Aspekt. In der Botschaft wird gesagt, Ihr wollt dies gar nicht prüfen, es wird die Abschreibung durch den Gemeinderat verlangt. Stephan, Du bist auch Teil des Gemeinderats, seid Ihr nun gegen die Abschreibung des Postulats, um dies evtl. noch einmal prüfen zu können?

Raphael Racine (SP): Ich komme mit einer Idee, es kommt dazu die Idee, man könnte evtl. im Berner Jura eine solche Gemeindepartnerschaft prüfen. Deshalb finde ich es nicht sachlogisch, wenn wir nun Punkt 2, die Abschreibung des Postulats verlangen.

Die Vorsitzende: Dies wäre eine Frage an den Gemeinderat, ob er diesen Antrag zurückziehen möchte? Der Gemeinderat hält an Antrag 2 fest.

Eva Schmid (SP): Ich verstehe nicht, weshalb man das eine gegen das andere ausspielt, man kann ja beides realisieren. Der Austausch mit frankophonen Schulen ist sehr wichtig, dies wird vielerorts an Schulen im Kanton Bern gemacht und zugleich bietet eine Städtepartnerschaft, wie dies Raphael erläutert hat, Möglichkeiten, über den Tellerrand hinauszuschauen. Wenn man nur materiell denkt, stellt man sich vielleicht die klischeehafte Frage: Was können wir von einer moldawischen Gemeinde profitieren? Ich denke ganz viel. Der Austausch ist das, was wichtig ist. Hier hätte man ein komplettes Angebot, der Gemeinderat müsste eigentlich nur das Okay geben und Ihr müsstet auch zustimmen, und damit könnte etwas sehr Gutes auf die Beine gestellt werden.

Daniel Arn (FDP): Es geht rein um die Prüfung. Ich sage es vorneweg, ich werde dieser Prüfung zustimmen und werde sie nicht abschreiben. Wir müssen nicht das eine gegen das andere ausspielen. Wenn es nur um die Partnergemeinde gegangen wäre, welche Du vorgeschlagen hast, Raphael, wäre ich dagegen gewesen. Man muss auch einen Grund haben, wieso man eine solche Partnerschaft eingeht. Wenn man sie nur eingeht, damit man dann die Tafel beim Ortseingang befestigen kann, ist das überhaupt nichts. Es muss einen Sinn dahinter und einen Mehrwert haben. Nicht damit dies dann nur drei Jahre funktioniert, und am Schluss will niemand mehr an diesen Treffen teilnehmen, weil man keinen Mehrwert hat. Wenn es Sinn macht, warum nicht? Ich werde dieser Prüfung zustimmen, aber nicht so, dass man es bereits einschränkt auf irgendein bestimmtes Land. Es muss uns als Gemeinde, vielleicht sogar unseren Schülern, einen Nutzen stiften. Dann machen wir etwas Gutes, und das Geld ist richtig investiert. Sonst ist es für nichts und nur eine grosse Übung, wie wir sie vielerorts kennen, wo man solche Partnerschaften hat. Irgendwann, wenn der Initiant nicht mehr dabei ist, beginnt es zu sterben.

Die Vorsitzende: Als Hinweis: Verbindlich ist der Postulatstext, und dieser lautet: Der Gemeinderat wird beauftragt die Realisierung von Gemeindepartnerschaften bzw. Gemeindefreundschaften zu prüfen. Dies würde überwiesen werden, wenn das Postulat angenommen wird.

Simone Eugster (FDP): Eine Ergänzung zu meinem Vorredner. Ich kann es ganz einfach machen: nichts gegen Moldawien, es ist ganz weit weg, und nichts gegen den Berner Jura, er ist ganz nahe. Ich denke, im Postulat ist nicht ganz klar, wollen wir Hirbovati oder wollen wir den Berner Jura? Es ist beides drin. Ich fände es gut, wenn Du – dies kannst Du ja noch vor der Schlussabstimmung – entweder Hirbovati

herausnimmst und den Berner Jura hineinnimmst oder umgekehrt, dann wäre es klar, worüber wir abstimmen. Ich wäre auch für eine Prüfung, aber es müsste klar sein, was wir wollen. Noch einmal, ich habe nicht das Gefühl, dass die Partnerschaft mit Moldawien lang leben würde, der Berner Jura wäre mein Favorit.

Die Vorsitzende: Verbindlich ist nicht die Begründung, sondern der Text des Postulats, und hier ist weder erwähnt, dass es eine ausländische oder eine schweizerische Gemeinde ist, insofern denke ich nicht, dass wir eine Präzisierung benötigen.

Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Der Überweisung des Postulats Racine (SP), Brunner (SP) und Lauper (SVP): Eine Gemeindepartnerschaft für Muri b. Bern wird mit 38 Ja zu 1 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.
2. Die Abschreibung des Postulats wird mit 8 Ja zu 31 Nein bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

12. Postulat forum: Kauf der Parzelle 508 / Worbstrasse 209

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Als Erstunterzeichnender spricht Bernhard Häuselmann (forum): Das forum dankt dem Gemeinderat für die breite Einsicht in seine Überlegungen. Wir haben diesen Überlegungen heute Abend nichts Neues oder Essenzielles beizufügen, sind mit dem Antrag des Gemeinderats glücklich, freuen uns, wenn das Postulat am südlichen Anfang des Lischenmoos-Areals zu einem guten Anfang beiträgt und bitten Euch die Überweisung des Postulats anzunehmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Keine Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Bernhard Häuselmann (forum) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat forum: Kauf der Parzelle 508 / Worbstrasse 209 wird überwiesen.

13. Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Bircher (FDP): Zeichen setzen

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

14. Einfache Anfrage Zaccaria (SP): Wo sind die Europaratsfahnen?

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

15. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Keine Informationen.

16. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Buff (FDP): Höhepunkt am Nationalfeiertag

Antrag:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, für das Jahr 2022, wieder einen Höhepunkt der Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag vom 1. August zu organisieren.

Vorschläge als Höhepunkt, respektive Abschluss der Feierlichkeiten sind:

- 1. Traditionelle Feuerwerkshow mit Pyrotechnischem Material*
- 2. Feuerwerkshow mit Drohnen*
- 3. Weitere Vorschläge*

Begründung:

Tradition und Brauchtum sollen nicht vergessen gehen, im Gegenteil.

Ebenfalls sollen die persönlichen sozialen Kontakte, welche heute oftmals durch die Digitalisierung verdrängt werden, wieder gefördert werden.

Die Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag vom 1. August gehören zu unserem Land. Dazu gehören der 1. August Brunch, die 1. August Weggen, das 1. August Feuer, der Lampionumzug, viel Weiteres, und bis vor kurzem auch das Feiern mit Feuerwerk.

Das Feuerwerk dient dabei nicht nur der Freude der Zuschauer, es gibt den Höhepunkt des Nationalfeiertages und irgendwie auch das Ende der Feierlichkeiten. Ebenfalls treffen sich durch das Feuerwerk nicht nur Leute im Bereich des Seidenberggässchens, sondern auch an der Worbstrasse, Thorackerstrasse etc. Es ist anzunehmen das sich rund um das Feuerwerk mehr Menschen treffen als an den eigentlichen Feierlichkeiten auf dem Seidenbergareal teilnehmen.

Deshalb sei hier der Wunsch angebracht wieder für einen Höhepunkt der Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag zu sorgen.

Dies muss nicht unbedingt wie früher durch ein Feuerwerk mittels Pyrotechnischem Material geschehen, aber es kann.

Ein weiterer Vorschlag, auch zum Schutz von Tier- und Umwelt, wäre eine Drohnenshow, wie dies bereits das POP-UP auf der Kornhausbrücke in Bern am Samstag dem 21. August 2021 durchgeführt hat.

Weitere Vorschläge des Gemeinderates oder auch aus dem Parlament sind selbstverständlich willkommen.

Gümligen, 10.10.2021

R. Buff

S. Eugster, B. Legler, M. Gubler, E. Zloczower, D. Arn, Ch. Spycher, R. Mäder, A. von Gunten, U. Grütter, R. Weibel, R. Lütolf, L. Bircher, M. Reimers, K. Jordi, B. Häuselmann, P. Rösl, H. Gashi, R. Lauper, P. Messerli, D. Bärtschi (21)

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Ich komme zum Schluss der Sitzung.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer oder Sarah Schlumpf zu senden.

Diese Woche habt Ihr ein Mail erhalten mit der Information, dass am 15. November 2021, 18.00 Uhr, eine Fragerunde zum neuen Behördenreglement stattfindet. Dieses Behördenreglement wird in der Novembersitzung behandelt. Die Gemeinde bittet darum, sich anzumelden, und sobald man angemeldet ist, wird auch bekannt gegeben, wo die Fragerunde stattfinden wird.

Die nächste Sitzung findet am 23. November 2021 statt wiederum hier in der Turnhalle. Nächste Woche haben wir am Donnerstag unser Parlamentariertreffen im Bärtschihus. Hier sind noch ein paar An- oder Abmeldungen ausstehend. Wer will, kann sich heute Abend noch bei Karin Pulfer an- oder abmelden. Es hat noch Anmeldetalons für diejenigen, welche sich noch nicht gemeldet haben. Ich freue mich auf die zahlreichen Anwesenden, welche sich bereits gemeldet haben, und ich hoffe, wir werden einen schönen Abend haben. Es wird beim Eingang eine Covid-Zertifikats-Kontrolle von den Mitarbeitenden des Bärtschihus durchgeführt werden. Ich bitte Euch, Euer Zertifikat, allenfalls zusammen mit der Identitätskarte, bereitzuhalten.

Ich hoffe, dass ich einige noch draussen beim Apéro sehen werde und wünsche Euch einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Patricia Messerli

Sarah Schlumpf